

ISOR aktuell

Nr. 12 / 2000 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Dezember 2000

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Liebe Vereinsfreundinnen und -freunde,

wieder neigt sich ein Jahr seinem Ende entgegen.

Für die Mitglieder unseres Vereins war das Jahr 2000 von besonderer Bedeutung. Betroffene des AAÜG hofften auf eine schnelle Umsetzung der Urteile des BVerfG vom 28. 04. 1999 durch die Bundesregierung und hatten die Erwartung, dass im 10. Jahr der deutschen Einheit die Diskriminierung und Ausgrenzung besonders gegen ehemalige Systemträger der DDR beendet werden. Unser Verein und seine Mitglieder haben gemeinsam mit anderen Verbänden und Vereinigungen ihre politischen Aktivitäten im Ringen um soziale Gerechtigkeit in unserem Land erhöht und der Bundesregierung, dem Bundestag und den in ihm vertretenen Parteien konstruktive Vorschläge für sozial gerechte Lösungen unterbreitet.

Die Erwartungen in eine Änderung des AAÜG noch im Jahre 2000 haben sich bedauerlicherweise nicht erfüllt. Unsere Erfahrungen bestätigen, dass im Kampf um soziale Gerechtigkeit ohne Druck und ständige Forderungen, aber auch ohne konstruktives Handeln keiner Regierung etwas abzurufen ist – auch einer sozialdemokratischen nicht. Unser jahrelanger Kampf gegen das Rentenstrafrecht und das Versorgungsunrecht wird leider immer wieder einer harten Geduldsprobe ausgesetzt.

Um den bisher bekannt gewordenen Referentenentwurf zur Umsetzung der Urteile des BVerfG ist eine kontroverse Diskussion entstanden. In dieser sehen sich die Befürworter von günstigeren Regelungen im 2. AAÜG-ÄndG den Angriffen derjenigen ausgesetzt, die aus vornehmlich ideologischem Interesse daran festhalten, Personen, die in herausgehobener Stellung in der DDR tätig waren, und ausnahmslos alle Angehörigen des MfS/AfNS weiterhin von einem ihrer Lebensarbeitsleistung angemessenen differenzierten Anspruch auf Rente im Alter und bei Erwerbsminderung auszuschließen.

Dabei geht es nicht um Privilegienabbau, dem wir nicht entgegen treten. Es geht vielmehr um über das Rentenrecht wirkende Sanktionen.

Es fällt schwer, angesichts der immer wieder ideologisch angeheizten Debatte sach-

lich zu bleiben. Dennoch bleiben wir sachlich, um diejenigen zu stärken, die besonnen und ohne politische Aversionen nach rechtsstaatlichen Grundsätzen für politisch-moralische Wertneutralität im Rentenrecht eintreten.

Es ist ein Erfolg des massiven und geschlossenen Protestes der Verbände und Vereine, dass der bisher vorgelegte Rentenentwurf nicht so einfach über die Bühne gehen konnte, wie es sich die Bundesregierung vielleicht dachte.

Wir sind fest entschlossen, unseren politischen Protest massiv fortzusetzen, und wenn es sein muss, erneut Klagen auf den juristischen Weg zu bringen. Was die Inhalte betrifft, werden sie jetzt schon seitens des Vorstandes von ISOR e.V. vorbereitet. Wir hoffen aber nach wie vor auf die Vernunft der Politik. Die Bundesregierung und die Politiker sollen wissen:

Wir werden nicht eher ruhen, bis für die ehemaligen Sonderversorgten

- der NVA, des MdI und des Zolls die jetzigen Bestimmungen des § 6 Abs. 2 und 3 AAÜG aufgehoben werden (E3),
- des MfS/AfNS eine annehmbar günstigere Neuregelung des § 7 Abs. 1 AAÜG erfolgt,
- des MfS/AfNS das Recht auf Dienstbeschädigtenausgleich zuerkannt wird,
- aller Versorgungssysteme die beschützten Rentenbeträge nach der Anpassungsrate Ost dynamisiert werden.

Über die Einstellung von Dienstbeschädigtenrenten und die Beitragszahlungen zur Krankenversicherung im Jahre 1991 stehen die Urteile des BVerfG noch aus.

Wir sind gut beraten, wenn wir uns auf eine lange Periode des weiteren Kampfes um Rentengerechtigkeit und um Beseitigung der Versorgungsbenachteiligung einstellen.

Der größte Teil unserer Mitglieder hatte als Rentner den Kampf gegen Rentenstrafe aufgenommen.

Die inzwischen 55- bis 60-Jährigen werden vielfach erst jetzt damit konfrontiert. Sie stehen teilweise noch abseits unseres Kampfes und müssen für unsere weitere Arbeit als Mitglieder und künftige Funktionäre gewonnen werden.

Auch im Jahr 2000 hat unsere Organisation an Kraft und Stärke zugenommen.

Durch Neuaufnahmen von 716 Mitgliedern im ersten Halbjahr haben wir bis Juni 2000 einen Mitgliederstand von fast 26.914 gegenüber 26.768 Mitgliedern Ende 1999 erreicht. Der Aufwärtstrend hat sich im zweiten Halbjahr 2000 fortgesetzt.

Gegenseitige Hilfe und Beistand in schwierigen Lebenslagen und Solidarität bleiben oberster Grundsatz unseres Handelns.

Im Namen des Vorstandes danke ich allen Mitgliedern, den Mitgliedern des Beirates, den TIG-Vorständen, den Mitgliedern der Arbeitsgruppen und den vielen einsatzbereiten Betreuern und Kassierern für ihr unermüdliches und opferbereites Handeln.

Dank für die Hilfe und Unterstützung sagen wir unseren Rechtsanwälten Bleiberg und Schippert, den Mitarbeitern im Anwaltsbüro und der Geschäftsstelle von ISOR e.V.

Unser Dank gebührt auch den Verbänden, Vereinen und Gewerkschaften für ihre erwiesene Solidarität. Ich verbinde das mit der Zusicherung, dass ISOR e.V. im Kampf um soziale Gerechtigkeit immer an ihrer Seite zu finden sein wird.

Wir haben die Chance, eine solche Fassung des 2. AAÜG-ÄndG geltend zu machen, die wirklich Rechtsfrieden herbeiführt.

Wie weit das gelingt, hängt auch vom nicht nachlassenden Druck aller Betroffenen ab. Uns hilft kein passives Warten sondern nur der weitere individuelle und massenhafte Protest und das ständige Erinnern der Bundesregierung an das gegebene Wahlversprechen. Lassen wir uns nicht abbringen, weiterhin aktiv und solidarisch zu handeln. Die Politiker müssen wissen, dass wir den Kampf fortsetzen, bis das Rentenstrafrecht vollständig beseitigt ist.

Im Namen des Vorstandes und des Beirates von ISOR e.V. wünsche ich allen ein frohes Weihnachtsfest und für das neue Jahr alles erdenklich Gute, Gesundheit und Freude im Kreis der Familie, vor allem aber, dass das Jahr 2001 zum Jahr des sozialen Friedens in Deutschland wird.



HORST PARTON

Erklärung der Staatsduma Russlands

In einer Erklärung der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation vom 22. September 2000 heißt es:

Vor zehn Jahren hat das vereinigte Deutschland den Aufbau einer neuen Gesellschaft begonnen.

Gleichzeitig ist es im Laufe dieses schwierigen Prozesses nicht gelungen, die Versuche der Abrechnung mit den früheren politischen Gegnern zu vermeiden. Viele Amtsträger des Staates, der Partei und des Militärs der ehemaligen DDR wurden aus politischen Motiven der kriminellen Verfolgung unterworfen. Der ehemalige Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Egon Krenz, wurde verurteilt und büßt zur Zeit die Strafe ab. Viele ehemalige Bürger der DDR werden der politischen und sozialen Diskriminierung unterworfen.

Die Staatsduma hat wiederholt ihren Standpunkt zu den Rechtswidrigkeiten dieser Handlungen erklärt. Die Abgeordneten der Staatsduma sind überzeugt, daß die politischen Verfolgungen und Diskriminierungen mit den Prinzipien des internationalen Rechts und des Humanismus unvereinbar sind. Sie meinen deshalb, daß der zehnte Jahrestag der Vereinigung Deutschlands Anlass sein sollte, die Verfolgung der Bürger der ehemaligen DDR aus politischen Motiven zu beenden und alle früheren Amtsträger des Staates aus der Haft zu entlassen.

Der Vorsitzende der Staatsduma der Föderalen Versammlung der Russischen Föderation
G. N. Seleznew



Aus einem Offenen Brief russischer Wissenschaftler an Bundeskanzler Gerhard Schröder

... Die Verfolgung von Antifaschisten durch die deutsche Justiz bestätigt die bedauerliche Tatsache, daß in der BRD Kräfte erhalten blieben und den Kopf erheben, die wieder Zwist zwischen unseren Völkern provozieren wollen und mit ihrem Handeln dazu beitragen, den Faschismus in Deutschland und anderen europäischen Staaten wiederaufleben zu lassen.

Wir sind Zeugen dessen, daß versucht wird, die Geschichte der DDR als die eines illegitimen Staates darzustellen und seine früheren Führer als Verbrecher. (...) Das alles führt zu der Schlußfolgerung, daß die Behörden der BRD schlicht eine politische Abrechnung vornehmen.

Die sozialistisch orientierten Wissenschaftler Rußlands kämpfen klar und konsequent

dafür, daß ein Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen wird. Wir wären gern davon überzeugt, daß der Faschismus in Deutschland nicht wieder zum Zuge kommt und daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgeht.

Herr Bundeskanzler! Im zehnten Jahr der Wiedervereinigung hoffen wir, daß dies als günstiger Anlaß dafür genutzt wird, daß die Verfolgung von Bürgern der ehemaligen DDR endgültig aufhört, dass alle Verurteilten auf freien Fuß gesetzt und ihre Rechte wiederhergestellt werden.

Zentralrat der Gesamtrussischen Organisation »Sozialistisch orientierte russische Wissenschaftler« (RUSO)

Nach junge Welt vom 21. 10. 2000



Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte - eine hoffnungsvolle Eröffnung

GRH Mitteilungen Nr. 11/1-00 widmete sich exklusiv der Berichterstattung über die öffentliche Verhandlung vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Sachen Streletz, Keßler, K.-H. W. und Krenz gegen Deutschland.

In dem Bericht der Prozessberichterstatter der GRH wird eingangs festgestellt:

„Nicht das »DDR-Grenzregime«, auch nicht nur die deutsche Justiz befand und befindet sich auf dem Prüfstand, sondern die Beschwerde gegen (den Staat) Deutschland, wie das offizielle Kommuniqué rechtlich zutreffend feststellt.

Der nationale Rahmen ist gesprengt. Es geht nicht um Fragen der Einhaltung oder Verletzung, Interpretation usw. von Straf- und Strafverfahrensbestimmungen in den Prozessen. Die Sachfeststellungen deutscher Gerichte werden international nicht geprüft. Geprüft wird die völkerrechtliche Lage der Verurteilten und deren unverzichtbarer Anspruch auf einen fairen und Elementarrechte einhaltenden Prozess, also um die Frage nach

dem Vertrauensschutz eines Bürgers in die Rechtslage seines Staates (hier des gewesenen Staates DDR) und den universellen Menschenrechtsschutz des Verbots nachträglicher Kriminalisierung von Handlungen, die zuvor nicht strafbar waren.“

Weiter stellten die Prozessbeobachter fest: „Das öffentliche Interesse war sehr groß. Über 500 Prozeßbeobachter aus mehreren Staaten – natürlich einschließlich einer starken Medienpräsenz – verfolgten das Geschehen. Die solidarische Prozessbegleitung war unübersehbar.“

Nach einer ausführlichen Berichterstattung über den Verlauf der Verhandlung ziehen die Verfasser folgendes Resümee

„Geht es nach Sachlichkeit und Stichhaltigkeit der juristischen Bestandteile der Anhörung in Strasbourg, kann von gewachsenem Vertrauen in ein positives Ergebnis gesprochen werden.“

Die Bemerkung von Egon Krenz an die Medien, daß es hier um internationales Recht geht und nicht um ein »deutsches Leitrecht« macht die optimistische Grundhaltung deutlich, ohne auch eine negative Entscheidung gänzlich auszuschließen, um sich vor unnötiger Enttäuschung zu wappnen.“

Die GRH-Mitteilungen Nr. 11/1-00 in ungekürztem Wortlaut wurden allen TIG-Vorständen zur Verfügung gestellt.



Das Buch zum Thema

Nach „Herbst '89“ legte kürzlich der Verlag Neues Leben, Berlin, das neue Buch von Egon Krenz „Briefe und Zeugnisse“ auf. Es ist eine Sammlung von Briefen an in- und ausländische politische Persönlichkeiten (Kohl, v. Weizsäcker, Gorbatschow u. v. a.), Artikeln, Zeugenaussagen und Krenz' Widerreden als Angeklagter. Dem aufmerksamen Leser offenbart sich das Dilemma für die bundesdeutsche Justiz, nach dem Kinkelsschen „Deligitimierungs“-Auftrag die Geschichte der DDR objektiv zu beurteilen.
ISBN 3-355-01511-3



Aus unseren
TIG

Mitglieder der TIG Berlin-Friedrichsfelde/Karlshorst wandten sich erneut mit über 300 persönlichen Briefen an jene Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion, die 1995 Mitunterzeichner des Gesetzentwurfes zur Abschaffung des politischen Rentenstrafrechts in den neuen Bundesländern waren. In den Briefen werden die Abgeordneten an die Drucksache Nr. 13/1542 erinnert, wonach die Arbeitsverdienste bis zur Bei-

tragsbemessungsgrenze voll berücksichtigt werden sollten.

Die Briefschreiber fragen diese Abgeordneten, warum die SPD als derzeitige Regierungspartei von ihrem damaligen Gesetzentwurf vom 17. 05. 1995, aus der Zeit als Oppositionspartei, abrücke. Sind alle Versprechungen vor und während des Wahlkampfes sowie dieser Gesetzentwurf vergessen? Sie erinnern daran, dass nunmehr für die SPD mit

dem zu beschließenden 2. AAÜG-Änderungsgesetz die Möglichkeit besteht, den mit dem damaligen Gesetzentwurf bekundeten Willen zur restlosen Beseitigung des Rentenstrafrechts in die Tat umzusetzen.

Die Inhalte erster Antworten lassen die Notwendigkeit erkennen, unsere Forderungen zur restlosen Beseitigung des Rentenstrafrechts immer wieder zu stellen und zu verstärken. **Heinz Lestin**



Am 24. Oktober 2000 führte die **Koordinierungsgruppe der Vereine und Verbände der Stadt Suhl**, (GBM, BRH, GRH, ISOR, Kameradschaft ehemaliger Soldaten/Reservisten und Hinterbliebenen im Deutschen Bundeswehrverband, Volkssolidarität und Seniorenvertretung der Stadt, Verein zur Förderung von Politischer Bildung und Kultur) ihre dritte Veranstaltung in diesem Jahr durch.

Das Thema zum Rentenrecht lautete: **Karlsruher Urteile – welche Konsequenzen? Rentengerechtigkeit – wie weiter?** Referent war das Präsidiumsmitglied der GBM, Prof. Dr. Bienert.

Er hat in seinen Ausführungen sehr eindrucksvoll, überzeugend und für jeden verständlich nachgewiesen, dass

- die von Riester vorgelegte neue Rentenreform nicht geeignet ist, die Zukunftsfragen der Rentenversicherung sozial zu lösen und deshalb in seiner jetzigen Form abzulehnen ist;
- der von der Regierung bisher erarbeitete Entwurf zum 2. AAÜG Änderungsgesetz weiterhin bedeutende Teile des Rentenstrafrechts enthält und damit auch nach 10 Jahren Vereinigung nicht zum Rechtsfrieden in Deutschland beiträgt.

Die 300 Teilnehmer der Vereine und Verbände sowie andere anwesende Bürgerinnen und Bürger bekräftigten, dass sie sich nicht in die Knie zwingen lassen und den Kampf gegen das Rentenstrafrecht mit allen zur Verfügung stehenden politischen und juristischen Mitteln fortsetzen werden.

Sie verabschiedeten eine Resolution mit den entsprechenden Forderungen zum 2. AAÜG-Änderungsgesetz und zur Rentenreform, die an die Bundesregierung weitergeleitet wurde. **Helmut Simon**



Auf Einladung des Landesvorsitzenden des BRH, Dr. Reinhard Winkel, nahm ich am 15. 11. 2000 als Vertreter von ISOR e.V. am **Landesvertretertag des BRH Mecklenburg-Vorpommern** teil.

Diese Tagung, die in einer guten und offenen Atmosphäre verlief und an der zahlreiche Gäste aus den neuen und den alten Bundesländern sowie die Presse teilnahmen, wurde besonders durch die Reden des Bundesvorsitzenden Dr. Bartsch und des Landesvorsitzenden Dr. Winkel geprägt.

Beide brachten ihren Unmut zum gegenwärtigen Stand der Rentenpolitik zum Ausdruck. Dr. Bartsch würdigte, dass es neben dem BRH auch noch andere Vereine wie ISOR gebe, die erfolgreich gegen Versorgungs- und Rentenunrecht kämpfen. Er könne überhaupt nicht akzeptieren und begreifen, wie die hauptamtlichen Mitarbeiter des MfS/AfNS derartig durch das AAÜG bestraft werden.

Die Veranstaltung war ein Bekenntnis für weiteres Zusammenwirken und beiderseitige Würdigung des Erreichten zugleich. Sie gab

verfassungsgemäße Ergebnisse in der Gestaltung der Rentenpolitik zu erzielen, ist ein breiter Widerstand gegen die Pläne der Bundesregierung bei der Neugestaltung des Rentenrechts dringend erforderlich. Unter Hinweis auf die Bundestagswahlen 2002 sollten besonders die Bundestagsabgeordneten angesprochen werden, die 1995 die Abschaffung des Rentenstrafrechts forderten.

Im Ergebnis der Versammlung wurde diesen SPD-Bundestagsabgeordneten von mehreren Mitgliedern der TIG Schreiben zugesandt, in denen sie zur Beibehaltung ihrer damaligen Position und zur Beseitigung der diskriminierenden Elemente im Rentenrecht aufgefordert wurden. **Joachim Krause**



Im November führte der Vorstand der TIG **Strausberg** seine bereits seit acht Jahren

praktizierte jährliche Beratung mit den Gruppenbetreuern durch.

Zu Beginn dankte der Vorsitzende Horst Strohschein allen für die unermüdliche, engagierte Arbeit in den Gruppen, die dazu beigetragen hat, daß die Mitgliederstärke trotz normaler Abgänge ständig angewachsen ist, die „**ISOR aktuell**“ pünktlich verteilt, eine Vielzahl persönlicher Gespräche geführt und die Mitgliedsbeiträge termingerecht abgerechnet wurden. Er schätzte ein, wie und mit welchen Kräften der weitere Kampf um die Durchsetzung unserer Ziele in Abhängigkeit von den Entscheidungen des Bundestages weiter geführt werden muß. Wertvolle Hinweise gab dazu unser

Vertreter im Beirat des ISOR-Vorstandes, Helmar Tietze.

Nach einer angeregten Diskussion waren wir uns einig, daß die verbleibende Zeit bis zur Verabschiedung des Änderungsgesetzes für weitere Schreiben an die MdB, besonders der Regierungskoalition, zur Beseitigung des Rentenstrafrechts zu nutzen ist. Sollte die Politik nicht wesentlich von den bisherigen Festlegungen abrücken, gilt es alle Kräfte unserer Solidargemeinschaft für den neuen Kampfabschnitt zu sammeln.

Im weiteren Verlauf der Beratung berieten wir über die Vorbereitung der Wahlen im nächsten Jahr und über die weitere Gestaltung unseres Vereinslebens. Erfreut registrierte der Vorstand erste Bereitschaftserklärungen und konkrete Vorschläge durch Vorstandsmitglieder und Betreuer. Befürwortet wurde eine würdige Veranstaltung zum 10. Jahrestag von ISOR. **Herbert Metzke**



Fortsetzung auf Seite 4

SPD-Politik(er) in CDU-Latschen

... **Höhere Leistungen an ehemalige Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit müßten die positive Grundeinstellung der Bevölkerung zur Rentenversicherung negativ beeinflussen. Diese positive Grundeinstellung zu erhalten und nach Möglichkeit weiter zu verbessern, ist gerade jetzt für die Rentenversicherung von großer Bedeutung.**

Aus einem Brief Norbert Blüms (CDU) als Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung/Dezember 1997

... **Höhere Leistungen an ehemalige Angehörige des MfS würden nicht nur bei der Bevölkerung in den neuen Ländern – insbesondere bei den Opfern des ehemaligen DDR-Regimes – auf Unverständnis stoßen, sondern würden zudem auch die positive Grundeinstellung der Bevölkerung insgesamt zur Rentenüberleitung sowie zur Rentenversicherung negativ beeinflussen.**

Aus einem Brief des Staatsministers beim Bundeskanzler, Rolf Schwanzitz (SPD) / Oktober 2000

mir Gewissheit, dass wir weiter starke und verlässliche Partner haben. **Siegfried Felgner**



Für die Mitgliederversammlung der TIG **Rudolstadt** am 30. 10. 2000 zum Thema Rentenrecht wurde als Referent der Landtagsabgeordnete der PDS, Dr. Hahnemann, (parteilos), eingeladen. In seinen Ausführungen verdeutlichte dieser, dass das in der Diskussion stehende künftige Rentenrecht nach Absicht der Bundesregierung weiteren sozialen Abbau nach sich ziehen wird. Bis 1990 hielt sich die alte BRD-Regierung in ihrer Rentenpolitik streng an die Wertneutralität. Mit der Vereinigung beider deutscher Staaten ist gegenüber den DDR-Bürgern diese Grundposition verlassen worden. Einmalig in der deutschen Geschichte erfolgte besonders gegen ehemals staatstragende Personen der DDR eine verfassungswidrige Bestrafung und Ausgrenzung. Einen wesentlichen Anteil an dieser verhängnisvollen Politik haben eine Reihe von Bürgerrechtlern und sich als Widerstandskämpfer bezeichnende Personen aus der DDR. Um

Fortsetzung von Seite 3

Am 27. Oktober führten die Ortsorganisationen von ISOR und GRH in **Dresden** eine gemeinsame Mitgliederversammlung durch. Neben unseren Mitgliedern waren Prof. Dr. Willy Opitz, Dr. Dieter Picard, Vorsitzender der Kameradschaft des DBwV, Prof. Dr. Ernst Voit, Sprecher der Gesellschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen, Sprecher der GBM Dresden sowie der Kundschafter Karl Gebauer der Eindadung gefolgt.

In ihren Ausführungen berichtete die TIG-Vorsitzende Charlotte Staudte über den gegenwärtigen Stand zur Änderung des AAÜG. Sie verlas einen Brief des PDS-Fraktionsvorsitzenden Roland Claus, in dem dieser erneut bestätigte, dass die PDS entschieden für Rentengerechtigkeit eintritt und jegliches Rentenstrafrecht ablehnt.

Allerdings wurden unsere Mitglieder auch darauf hingewiesen, sich keine Illusionen zu machen sondern darüber nachzudenken, wie wir weiter machen, falls der Gesetzgeber bei 1,0 EP bleibt. Es wurde appelliert, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben.

Durch den Vorsitzenden der GRH-TAG wurde die Vertreterkonferenz des GRH ausgewertet.

Prof. Opitz setzte sich ausführlich mit wahrheitswidrigen Darstellungen über die Arbeit des MFS/AfNS auseinander.

Die Versammlung war mit über 300 Teilnehmern sehr gut besucht. *Charlotte Staudte*

Die AG Recht informiert

In der Septemberausgabe hatten wir aufgefordert, noch fehlende Neuberechnungen bei den Rentenversicherungsträgern anzumahnen. Inzwischen ist die Neuberechnung in vielen Fällen erfolgt. *Wo bis heute noch keine Neuberechnung vorgenommen wurde, empfehlen wir, anwaltliche Hilfe in Anspruch zu nehmen.*

Mit dem Ersuchen unter Angabe des Aktenzeichens sollte eine Kopie des Antrages auf Neuberechnung und des Erinnerungsschreibens an das Rechtsanwaltsbüro gegeben werden.

Der Vorstand teilt mit

- Auf seiner Sitzung am 29. November beriet der Vorstand u. a. folgende Themen:
- Aktuelle Fragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des 2. AAÜG-ÄndG und die nächsten Aufgaben von ISOR
 - Information zum Rentenreformgesetz
 - Erfüllung des Finanzplanes für das Jahr 2000 per 31. 10. 2000 und Vorbereitung der Planung für das Jahr 2001.



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



KARLHEINZ BLECHSCHMIDT, Potsdam-Waldstadt
 ALFRED CHARLET, Berlin-Prenzlauer Berg
 HELMUT DASSER, Langenbogen
 DIETER DÖRKEN, Halle
 FRITZ EY, Berlin-Hohenschönhausen
 OTTO FINGER, Plauen
 HELMUT FOBE, Potsdam-Waldstadt
 GÜNTER GUNKEL, Dresden
 PETER HARTMANN, Weimar-Legefeld
 GÜNTER HEINRICH, Blumental
 ERWIN HILLE, Berlin-Treptow
 SIEGFRIED JÄHNE, Dresden
 SIEGFRIED JUSCHTEN, Berlin-Mitte
 WOLFGANG KIEGELAND, Braunschweig
 HELMUT KLÄRING, Bln.-Hohenschönhausen
 KURT KLAWONN, Plate
 GERTRUD KLEIN, Potsdam-Waldstadt
 KURT KLUGE, Frankfurt/Oder
 ALFRED KÖNIG, Aschersleben
 EBERHARD KONITZKI, Rostock
 KLAUS LAMPE, Berlin-Prenzlauer Berg
 EDDA LINDNER, Eisenach
 RUDOLF LORENZ, Greiz
 INGEBORG LUCKE, Dresden
 WOLFGANG MEHNER, Pirna

ALFRED MÜLLER, Berlin-Pankow
 GÜNTHER NEUTHE, Rostock
 HELMUT NOACK, Cottbus
 ELLA PUCHMÜLLER, Rostock
 GERHARD PÜSCHMANN, Bln.-Friedrichshagen
 DIETER RAMMELT, Berlin-Friedrichsfelde
 ERNA RÜDIGER, Dresden
 SUSANNE RUMPELT, Berlin-Hellersdorf
 HERMANN SCHLÖGEL, Pößneck
 MANFRED SCHUBERT, Berlin-Treptow
 GÜNTER SCHWARZLOSE, Oranienburg
 KARL-JÜRGEN SEIFERT, Berlin-Treptow
 GERHARD STANDHARDT, Bln.-Hohenschönh.
 GEORG STILLER, Gera
 KURT TRÖGER, Chemnitz
 GÜNTER ULLMANN, Meißen
 KARL WACKERNAGEL, Hennigsdorf
 FRITZ WEIß, Heidenau
 KARL-OTTO WILLE, Stendal
 RUDOLF WINTER, Berlin-Pankow
 RICHARD WONS, Schönebeck
 HORST ZEISLER, Berlin-Friedrichsfelde
 ELEONORE ZIMMERMANN, Bln.-Müggelheim

Ehre ihrem Andenken.

Das Vorstandsmitglied Dr. Dietrich Richter nahm als Gast am 6. Landesparteitag der PDS in Greifswald teil.

Bezogen auf die Sozialpolitik ist festzustellen: Die PDS hat das Ringen um mehr soziale Gerechtigkeit zur ersten Aufgabe ihrer weiteren Profilierung erklärt – darin eingebettet die Herbeiführung von Rentengerechtigkeit. Es ist beachtenswert: Die Koalitionsvereinbarung zwischen PDS und SPD von Mecklenburg-Vorpommern enthält als einzige derartige Vereinbarung in der Bundesrepublik Deutschland das Ziel der Beseitigung des Rentenstrafrechts. Mithin sind die von uns verfolgten Ziele im Land Mecklenburg-Vorpommern Regierungspolitik und in der Tat feste Stütze für uns. Für dieses Engagement ist Dank zu sagen, der stellvertretend an die Sozialministerin Dr. Martina Bunge und den Staatssekretär Prof. Dr. Axel Azzola gerichtet wird. Beide waren und sind zuverlässige Partner in unserem gerechten Kampf. Daran erklärt sich unser Bedauern zum Ausscheiden unseres Freundes Azzola aus dem Amt des Staatssekretärs, wir drücken aber zugleich die Gewissheit aus, dass er uns weiterhin mit Rat und Tat zur Seite stehen wird.



Der Vorstand der ISOR e.V. und der Vorstand der TIG Löbau gratulieren Helmut Vater zu seinem 90. Geburtstag und wünschen ihm alles Gute.



Die Geschäftsstelle ist zwischen Weihnachten und Neujahr geschlossen.

Die Redaktion des Blättchens wünscht allen Freundinnen und Freunden unseres Vereins, den zahlreich mit uns Sympathisierenden und den Verblühdelen in anderen Verbänden und Vereinen gesunde und erholsame Feiertage und ein besseres Neues Jahr!



Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.
 Bankverbindung: Berliner Sparkasse
 Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:
 Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin
 Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat
 29 78 43 16 - Geschäftsführer
 29 78 43 17 - AG Finanzen
 29 78 43 19 - „ISOR aktuell“
 - AG Öffentlichkeitsarbeit

Fax: (030) 29 78 43 16
 Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin
 e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de
 internet home page: <http://www.isor-sozialverein.de>
 Sprechstunden: Dienstag 9 bis 13 Uhr
 Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Redaktionsschluss: 5. 12. 2000

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker
 c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.
 Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin